

Kosten für Klima-Aktivisten: Bundespolizei erhebt Gebühren am BER

Die Bundespolizei fordert von „Letzte Generation“ Gebühren für Flughafenproteste. Mehrere Aktivisten müssen zahlen.

Die Debatten um den Klimaschutz und Protestaktionen auf Flughäfen nehmen an Intensität zu. Besonders die Gruppe „Letzte Generation“ hat mit ihrer Kampfansage, den Luftverkehr durch gezielte Störungen zu beeinflussen, für Schlagzeilen gesorgt. Immer öfter sind damit auch die Kosten für die Polizei im Zusammenhang mit diesen Aktionen ein Thema.

Europäische Flughäfen im Fokus der Aktivisten

Weltweit haben Klimabewegungen verstärkt Flughäfen als Schauplätze ihrer Proteste gewählt. Durch Blockaden und Farbattacken versuchen Aktivisten, die Öffentlichkeit auf die Dringlichkeit des Klimaschutzes aufmerksam zu machen. Der Hauptstadtflughafen BER in Berlin ist neben anderen europäischen Drehkreuzen mehrfach betroffen gewesen. Die damit verbundenen Einsätze der Sicherheitskräfte sind für die Behörden teuer.

Kosten und Behördenreaktionen

Die Bundespolizei hat infolge von Störaktionen am Flughafen BER insgesamt Gebühren von fast 6.400 Euro für 16 aktivistische Beteiligte erhoben. Diese Gebühren basieren auf den Aufwendungen, die durch die jeweiligen Einsätze

entstanden sind. Beispielsweise wurden für den Einsatz am 8. Dezember 2022 Gebühren in Höhe von 3.050 Euro angeordnet, während bei einer Aktion im Mai 2023, bei der Protestierer eine Privatmaschine besprühten, 2.280 Euro für sieben Personen angefallen sind.

Herausforderungen für die Finanzierung der Folgen

Laut Berichten gibt es zudem an anderer Stelle in Deutschland Schwierigkeiten, die finanziellen Folgen kleinerer Schäden durch Klimastörungen in vollem Umfang auf die verursachenden Gruppen abzuwälzen. Viele Bezirke mussten entsprechend ihrer finanziellen Kapazitäten selbst für kleinere Reparaturen aufkommen. Dies wirft die Frage auf, wie nachhaltig die finanzielle Verantwortung für solche Protestaktionen letztlich verteilt werden kann.

Wirtschaftliche Auswirkungen auf die Streikenden

Die Auswirkungen der finanziellen Verpflichtungen für die Aktivisten sind weitreichend. Mit insgesamt elf rechtskräftigen Bescheiden müssen die betroffenen Personen die Kosten der Polizeieinsätze aus eigener Tasche bezahlen, was die Diskussion um die Rechtmäßigkeit und die gesellschaftliche Verantwortung solcher Aktionen anheizt. Es bleibt abzuwarten, ob Maßnahmen wie diese die Protestkultur verlagern oder die Bewegungen weiter wachsen lassen.

Der Staat als Klageführer

Ein weiteres Beispiel für die Reaktion der Behörden zeigt sich in Berlin, wo das Land gegen Klimaaktivisten klagt, die am 17. September 2023 das Brandenburger Tor mit Farbe besprühten. In diesem Fall werden von den Aktivisten 142.000 Euro gefordert, was die strengen finanziellen Konsequenzen der

Protestaktionen unterstreicht. Bis ein Urteil des Landgerichts Berlin ergeht, bleibt die Frage offen, inwieweit Klagen eine abschreckende Wirkung auf zukünftige Proteste haben werden.

All diese Geschehnisse verdeutlichen, dass das Thema Klimaschutz nicht nur gesellschaftlich, sondern auch finanziell intensiv diskutiert wird. Die unterschiedlichen Ansätze und Reaktionen von Behörden und Aktivisten zeigen, dass ein Dialog zwischen den verschiedenen Interessengruppen unabdingbar ist, um gemeinsam tragfähige Lösungen für die anstehenden Herausforderungen zu finden.

dpa/saha

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de